

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlag: Riefaer Tageblatt
Riefa, Nr. 22.

Verlag: Riefaer Tageblatt
Riefa, Nr. 22.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riefa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 181.

Freitag, 8. August 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postamt vierjährlich 4,50 Mark, monatlich 1,20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (7 Zeilen) 40 Pf., Ortspreis 35 Pf.; zeitrauhen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Plagi eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontrakt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Diezeitungsbetriebe unterhalten keine Filialen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerin wird die Verantwortung für die Fortsetzung der Zeitung oder auf die Fortzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riefa.

Nachstehende Bekanntmachung wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Dresden, den 8. August 1919.

Wirtschaftsministerium.
Landesbesitzmittellamt.

2810 VG 2
8598

Auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 8. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1. Rohrabwurf mit Kraut nicht in den Handel gebracht werden. Soweit Rohrabwurf von der Erzeugerseite auf kurze Entfernungen mit Fußwerk oder auf andere Weise, jedoch nicht mit der Bahn, an die Absatzstelle, insbesondere auf öffentliche Märkte befördert wird, ist der Abwurf mit Kraut bis auf weiteres zugelassen.

§ 2. Rohrabwürfe werden gemäß § 16 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 8. April 1917 mit Geldstrafe bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Auch kann auf Einschlebung der Ware erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gebären oder nicht.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Berlin, den 28. Juli 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende: von Tilo.

Städtischer Obstverkauf.

Auf die Nummern 10501—11000, Abschnitt K, der roten Lebensmittelkarte gelangen
Sonnabend, den 9. August 1919
im Geschäft von Herrn. Möbler, Schulstraße 8, Dienen zur Abgabe, und zwar 1/2 Pfund auf den Kopf.

Der Rat der Stadt Riefa, den 7. August 1919.

Nr. 12—15 des Gesetz- und Verordnungsblattes sowie Nr. 113—139 des Reichs-Gesetzblattes vom Jahre 1919 sind hier eingegangen und können in der Ratshauptkassette eingesehen werden.

Der Inhalt dieser Blätter ist aus dem Anschlag im Flur des Rathhauses ersichtlich Riefa, den 7. August 1919.

Diebstahlvermerk, gebraucht und ausgebessert, wird zum Selbstkostenpreis an Gemeindeglieder im Gemeindegeld abgegeben.
Weida, am 8. August 1919.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain

Nebenstelle Riefa, Kaiser-Franz-Joseph-Straße 17. Tel. 40.
Kostenlose Stellensmittlung für alle Berufe.

Dertliches und Sächsisches.

Riefa, den 8. August 1919.

Personalien vom Oasen. Mit Wirkung vom 1. Juli 68 ist der Eisenbahnassistent Möbius zum Bahnhofsvorstand ernannt worden.

Kinoeröffnung. Moron, Sonnabend, den 9. August wird in Riefa, Hauptstraße 1, ein Kino unter dem Namen „Kammer-Vielspiele“ eröffnet. Es enthält 200 Sitzplätze. Für gute Leitung usw. ist, wie man uns mitteilt, gesorgt, jedoch ein angenehmer Aufenthalt verbürgt wird.

Der Elektrizitätsverband Gröba beabsichtigt das alte Nittergut Gröba einschließlich des gesamten dazugehörigen Areals zu erwerben, um in den vorhandenen Gebäuden Wohnungen, Schaltanlagen, Werkstätten und Lagerräume unterzubringen. Zu diesem Zwecke hat der Elektrizitätsverband vorläufig das alte Nittergut in Verwaltung genommen.

Ein gutes Oasenjahr? Im Gegensatz zu den letztvergangenen Jahren scheint es, so wird aus der Leipziger Gegend gemeldet, als ob die kommende Oasensaison eine ungewöhnlich gute zu werden verspricht. Auffallend viele Junghasen machen sich in diesem Sommer in Feld und Wald bemerkbar.

Eine Neuordnung des sächsischen Viehhandels. Auf Anordnung des sächsischen Ministeriums soll eine Neuordnung und Regelung des gesamten Viehhandels im Freistaat Sachsen durchgeführt werden, mit welcher die Landesfleischstelle betraut worden ist. Eine Neuordnung der gegenwärtigen Verhältnisse soll erreicht werden: 1. durch Bekämpfung weiterer Zulassungen zum Viehhandel; 2. durch Entschärfung bereits erlassener Ausweisbestimmungen zum Viehhandel; 3. durch Regelung des Viehhandelsverkehrs. Es sollen nach weiterer Anordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums in Zukunft nur solche Personen zum Viehhandel im Freistaat Sachsen zugelassen werden, die den Handel schon vor dem 1. Juli 1914 betrieben haben.

Bildung von Bezirks-, Bauern- und Landarbeiterräten. Nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums ist in jeder Amtshauptmannschaft ein Bezirks-, Bauern- und Landarbeiterrat zu wählen, in dem Landwirte und Landarbeiter in gleicher Zahl vertreten sind. Zum Zwecke der Wahl wird der Bezirk jeder Amtshauptmannschaft in so viele Wahlbezirke eingeteilt, als der Bezirks-, Bauern- und Landarbeiter Rat Mitglieder der Gruppe erhalten soll. Die Teilung ist so vorzunehmen, daß die einzelnen Wahlbezirke annähernd die gleiche Zahl von Personen umfassen, die zu einem Bezirks-, Bauern- und Landarbeiter Rat wahlberechtigt sind. Die Gesamtzahl der ordentlichen Mitglieder des Bezirks-, Bauern- und Landarbeiter Rates wird von der Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschusse bestimmt. Die Wahl in der Regel 12 nicht überschreiten. Für jedes ordentliche Mitglied ist ein Stellvertreter zu wählen. Die Wahl erfolgt in gemeinsamer Abstimmung nach einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Das Amt eines Mitgliedes des Bezirks-, Bauern- und Landarbeiter Rates ist ein Ehrenamt. Die Mitglieder können aus den Mitteln des Bezirksverbandes für Heiterausweis und Reisekosten nach den Grundblättern entschädigt werden, die für die Bezirksausschüssemitglieder gelten. Der Bezirks-, Bauern- und Landarbeiter Rat hat weder die Befugnis einer Behörde noch das Recht, in die Befugnisse der bestehenden Behörden einzugreifen. Außer den Aufgaben, die ihm durch reichs- oder landesrechtliche Bestimmungen besonders zugewiesen werden, liegen ihm insbesondere ob die Mitwirkung und Beratung bei der Erfassung der vorhandenen Lebensmittel, bei der Regelung ihrer Verteilung sowie bei der Bekämpfung des Schleißhandels und der Schleißverjüngung, die Mitwirkung bei der Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe und Förderung der Erzeugung, die Mitwirkung bei der Beschaffung von Arbeitskräften und bei deren Unterbringung und die Fürsorge für den Schutz von Personen und Eigentum.

Wiederausammentritt der sächsischen Landesynode. Wie unser Vertreter von gut unterrichteter Seite erfährt, wird der Wiederausammentritt der sächsischen Landesynode, die sich vor Pfingsten verlag hatte, für Ende September ins Auge gefaßt. Die Synode soll sich in der Hauptsache mit dem noch unerledigten Rest der Wahlrechtsvorlage, soweit sie sich auf das Synodalwahlrecht bezieht, beschäftigen, wozu voraussichtlich Mitte September der Verfassungsausschuß der Landesynode Stellung nehmen wird.

Ordnung von Staatsstraßen. Die unser Vertreter an zuständiger Stelle erfährt, sind zwi-

schen dem Wirtschaftsministerium und dem Finanzministerium Vereinbarungen getroffen worden, die dahin gehen, daß das Obst aller Abrechnungen an Staatsstraßen, bei denen sich ein Pachtertrag von 2000 Mark und mehr ergibt, zur Verfügung der Landesstelle für Obst und Gemüse steht. Die Landesstelle hat daran anschließend das Finanzministerium gebeten, Gemeinden und Kommunalverbänden zu erlauben, sich um die Abrechnungen solcher Straßen, die keinen höheren Pachtertrag als 2000 Mark ergeben, zu bewerben, um einen Zustuß von Obst an die Bevölkerung zur Verteilung bringen zu können.

Zur Verlegung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nach Dresden. Entgegen der in letzter Zeit verbreiteten Meldung, wonach die Reichsversicherungsanstalt von Berlin nach Dresden verlegt werden soll, erfährt unser Vertreter an zuständiger Stelle, daß eine Verlegung nach hier noch keineswegs feststeht. Wie die Dinge liegen, plant die Reichsversicherungsanstalt eine Ueberführung nach einer anderen größeren deutschen Stadt und hat sich zu diesem Zwecke mit verschiedenen Großstädten in Verbindung gesetzt. Die dabei von der Reichsversicherungsanstalt gestellten Forderungen sind ziemlich hohe. Die Stadt Dresden hat nun ebenso wie die übrigen Städte, an die in dieser Angelegenheit herangetreten wurde, ein Angebot nach Berlin gerichtet. Gegenwärtig dürfte man dort mit der Prüfung der Angebote beschäftigt sein, jedoch ist also verfrüht, schon heute die Stadt Dresden als künftigen Sitz der Reichsversicherungsanstalt zu nennen.

Staatlicher Kraftwagenbetrieb. Die Mineralölversorgungsgesellschaft hat die weitere Freigabe von Benzol für die sächsischen staatlichen Kraftwagenlinien auf Anweisung des Reichswirtschaftsministeriums abgelehnt mit der Begründung, es herrsche eine solche Knappheit an Benzol, daß die vorhandenen geringen Mengen vorläufig ausschließlich der Landwirtschaft sowie solchen Betrieben zugewendet werden müssen, die vom Reichswirtschaftsministerium für lebensnotwendiger als die staatlichen Kraftwagenbetriebe angesehen werden. Alle Vorstellungen der sächsischen Regierung beim Reichswirtschaftsministerium zu Gunsten der staatlichen Kraftwagenbetriebe sind erfolglos geblieben. Nach Verbrauch der noch vorhandenen Mengen Betriebsstoff müssen deshalb sämtliche staatlichen Kraftwagenlinien für Personentransport stillgelegt werden. Die Einstellung des Betriebes auf den einzelnen Linien wird in den örtlichen Tageszeitungen noch besonders bekanntgegeben. Es steht zu hoffen, daß in der zweiten Septemberhälfte genügende Mengen von Betriebsstoff wieder überwiesen werden und daß damit die Wiederaufnahme des Betriebes auf den stillgelegten staatlichen Kraftwagenlinien ermöglicht wird.

Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Gemeindevertreter. Das Gesetz über die Wahlen für die Gemeindeverwaltung vom 17. Juni 1919 bestimmt, daß ehrenamtlichen Mitgliedern von Gemeindevertretungen für die Teilnahme an Verhandlungen und Dienstverrichtungen außerhalb des Gemeindebezirks Tagelohn und Reisekosten zu vergüten sind, und stellt weiter den Gemeinden frei, solchen Personen für die Ausübung ihres Ehrenamtes eine angemessene Aufwandsentschädigung zu gewähren. Das Nähere wird in beiden Fällen ortsgesetzlicher Regelung überlassen. Damit erwächst den Gemeinden ein neuer, nicht unbeträchtlicher Aufwand. Es darf aber nicht verkannt werden, daß mit den Aufgaben, die den Gemeinden dauernd erneut zu wachsen, auch der Zeitaufwand für die Beratungen ihrer Körperschaften erheblich gestiegen ist, und daß dadurch besonders für diejenigen Gemeindevertreter, die gegen Lohn beschäftigt sind und am feststen Arbeitszeiten gebunden sind, Einbußen entstehen, die häufig geeignete Verdienstmöglichkeiten diesen Kreisen abhalten werden, sich ehrenamtlich zu betätigen. Nachdem das Gesetz die Grenzen der Wählbarkeit erweitert und damit auch den Wählermitteln in weiterem Umfang als bisher den Zugang zu den Gemeindegliedern geöffnet hat, müssen solche Hindernisse nach Möglichkeit beseitigt werden. Indes soll nach der ausdrücklichen Absicht der Volkskammer eine Bekämpfung der Gemeindevertreter vermieden werden. In kleineren und mittleren Gemeinden wird die beste Form für die Aufwandsverstattung darin gefunden werden, daß man den Ausfall an Arbeitsverdienst ersetzt. In größeren Gemeinden werden oft noch über den Lohnausfall hinaus Aufwendungen erwachsen (für Fahrtkosten, Beköstigung außerhalb des Haushaltes und dergl.). Die genaue Erfassung des tatsächlichen Aufwandes wird hier nicht durchzuführen sein; man wird vielmehr zweckmäßig auf die Gewährung von Sitzungsgeldern oder von Reisekosten in runder Jahressumme zu kommen, leichtenfalls unter entprechendem Abzug für versäumte

Sitzungen. Leipzig und Dresden werden voraussichtlich Baukostenzuschüsse gewähren. Die Form der Baukostenzuschüsse will man in Berlin wählen; sie ist auch in anderen preussischen Städten bereits eingeführt. Wird die Aufwandsentschädigung als Baukostenzuschuß gewährt, dann ist weder die Beschränkung auf Kinderbewilligte, noch eine Abstufung nach dem Einkommen zweckmäßig. Der Verzicht auf die Aufwandsentschädigung steht frei.

Ein Landesbeamtenrat für den Freistaat Sachsen. Wie unser Vertreter an zuständiger Stelle erfährt, werden gegenwärtig zwischen Regierung und den Vertretern der Beamtenverbände Verhandlungen über die Bildung eines Landesbeamtenrats gepflogen.

Beamtenbesoldungsreform. Unser Vertreter erfährt an zuständiger Stelle im Wirtschaftsministerium des Innern, daß die in Aussicht genommene Besoldungsreform u. a. nach folgenden Grundsätzen erfolgen dürfte. Feste Gehaltsklassen sollen nicht aufgestellt und die Zahl der Gehaltsklassen möglichst vermindert werden. Schon in den ersten Dienstjahren wird ein höherer Gehalt in Aussicht genommen, um den Beamten früher als bisher die Gründung eines eigenen Hausstandes zu ermöglichen. Ferner wird eine Verkürzung der Aufzugszeiten beabsichtigt und ein früherer Zeitpunkt für die Pensionierung angestrebt. Einmaliges Entgelt steht jedoch noch nicht fest, da die sächsische Regierung in dieser Angelegenheit nicht selbständig vorgehen will, sondern auf dem Wege des Einvernehmens mit den übrigen Bundesstaaten einheitliche Richtlinien für die Besoldungsordnung zu finden sucht. In diesem Zweck sind für Anfang nächster Woche im Reichswirtschaftsministerium unter Zuziehung von Vertretern sämtlicher Bundesstaaten und von Beamtenvertretern Verhandlungen angefaßt.

Gesuche um Bauförderung. In Angelegenheiten der Bauförderung von Bauten und der Bewirtschaftung von Baustoffen sind von Beteiligten in letzter Zeit vielfach Zulassungen und Eingaben an einzelne Beamte persönlich gerichtet worden. Zur Vermeidung von Verzögerungen, die sich daraus leicht ergeben können, wird darauf hingewiesen, daß alle Zulassungen, die die Bewirtschaftung von Bauten und allgemeine Fragen der Bewirtschaftung von Baustoffen, Zement und Kalk betreffen, ausschließlich an das Wirtschaftsministerium — Landeswohnungsamt — zu richten sind, Anträge auf Bauförderungsbewilligungen für die Vorkosten mit Baustoffen und darauf bezügliche Schriftstücke aber an den jeweils zuständigen Kommissar für Bauförderungsbewirtschaftung, für Sachsen bei der Amtshauptmannschaft Dresden, für Westsachsen bei der Amtshauptmannschaft Leipzig.

Rollen. Beim Holzabfahren vom Moblat verunglückte der 20jährige Sohn des Gärtnereibesizers Schwarz dadurch tödlich, daß an einem Wegabhang der Wagen umstieß und den jungen Mann unter sich begrub.

Dresden. Ministerpräsident Dr. Gradnauer und Finanzminister Rißke haben sich nach Weimar begeben, um an den Verhandlungen über die neue Erbschaftsteuervereinbarung teilzunehmen. Sachsen nimmt demnach einen ablehnenden Standpunkt ein.

Bauern. Eine Lohnbewegung macht sich auch im Bergbaubetrieb der sächsischen Oberlausitz geltend. Die Arbeiterorganisationen haben eine Reihe Forderungen eingereicht. Bei dem Bergbaulichen Verein im Bezirk Dresden konnte darüber keine Einigung erzielt werden. Auch vor einem Schiedsgericht in Rittau konnte man sich nur in einigen Nebenpunkten einigen, jedoch ein Schiedspruch gefällt werden muß, der sich auf Lohnverhältnisse, Urlaubstragen usw. erstreckt.

Bauern. Eine interessante Erscheinung in der Bauern Raubmordaffäre ist, daß die Festnahme des Mörders eigentlich durch einen 10jährigen Knaben ermöglicht wurde. Dieser rief am Sonntagmorgen in die Gastwirtschaft „Schloßkeller“: „Ein Mord ist geschehen! Die Polizei sucht Extrablätter an!“ Durch diese unvermutete Rede geriet ein dort anwesender Gast dorthin in Aufregung, daß man ein Ersitzern und Erschauern an ihm beobachten konnte. Die Leute wurden auf ihn aufmerksam, bemerkten sehr auf Blaupuren an seinen Kleidern und veranlaßten die Verhaftung des Mannes, der schnell befragt wurde und gestand war. Er war der Mörder.

Borsdorf. Kürzlich weilte hier eine Kommission vom Dänischen Roten Kreuz, die verschiedene Kinderreiche, im sächsischen Verhältnisse lebende Bergarbeiterfamilien besuchte. Auf Veranlassung der Kommission gingen der Gemeinde nunmehr unentgeltlich 20 Htr. Oakerkoden, 20 Htr. Gerst, 3 Htr. Butter und 500 Dosen kondensierte Milch zur Verteilung an kränkelnde Kinder mittermittelten Einkommens zu.

Worte gegen den Völkervertrag. „Wenn man“
glaubt, dass der Vertrag von Versailles ein
wichtiges Ereignis an dem König von England. Dieser Brief
dabei in der Sammlung der „New York Times“
erschienen und enthält die folgenden Sätze:
„Ich habe, wenn man glaubt, das England die Schuld am
Kriege trifft. Aber der Deutsche sei nun einmal ein Weiber
in seinen Verbrechen. Deutschland wird wohl seine
Schuld nicht einmal einsehen, auch wenn der Kaiser gestraft
wird.“

Die Beratungen im Friedensrat. Im Friedens-
ausschuss des Senats erörterte Senator Clemenceau-Martin
über die Verantwortlichkeiten. Er war über das interna-
tionale Arbeitsrecht und den Bourgeois über den
französisch-amerikanischen Garantievertrag Bericht.
Der Friedensausschuss der französischen Kammer hat vier
Resolutionen des Hrn. Louis Marin mit Empfehlungen
des Friedensvertrages abgelehnt. Nach französischen Blättern
haben Bismarck und Barthou gegen die Absicht, die Beratung
des Friedensvertrages mit Deutschland in der französischen
Kammer erst am 2. September beginnen zu lassen, ent-
schieden Einspruch erhoben. Bismarck erklärte, der Friedens-
ausschuss lehne jeden späteren Zeitpunkt als den 25. August
ab. Nach dem „Matin“ sagte Barthou im Generalbericht,
dass trotz Clemenceaus Ausführungen die Zweifel an der
militärischen Hilfe Englands und Amerikas gegen einen
Angriff Deutschlands fortbestehen, zwar nicht hinsichtlich
der Aufrichtigkeit des Versprechens, sondern betreffs der
Zeit und der Art seiner Ausführung, solange Belgien nicht
beteiligt sei.

Ausflug auf Clemenceau? Ueber einen angeblichen
Anschlag auf Clemenceau wird aus Genf gemeldet: Unweit
von Clemenceaus Wohnhaus wurden zwei beruflose Be-
waffnete junge Leute verhaftet. Einer ist ein Infanterie-
defecteur, der mit Anarchisten verkehrt.

Die Zusammenkünfte in Triest. Die italienische Militär-
mission in Wien teilte der Korrespondenz Berge mit, dass
die in dem Telegramm des Kaiserlichen Korr. Büros ge-
meldeten angeblichen blutigen Zusammenkünfte in Triest sich
als geringfügige Zusammenkünfte ohne jeden politischen
Charakter erweisen.

Ueber Preissteigerungen in England. In England läßt sich der
„Vorwärts“ berichten, daß seit dem Waffenstillstand und
namentlich auch seit der Demobilisierung die Preise für
Lebenswichtige Waren immer mehr gestiegen seien. Man
wolle jetzt den Lebensmittelpreisen energisch zu Leibe
gehen.

Die Segnungen des Friedens. Londoner „Gerald“
macht sich darüber lustig, daß die Segnungen des Friedens
mehr als 10 Milliarden Schilling bringen, während England
vor dem Kriege nur 1600 Millionen für militärische
Ausgaben ausgab.

Die Weltbewegungen an Generalle bewilligt. Das Unter-
haus hat Resolutionen angenommen, in denen allen britischen
und Dominion-Streitkräften für ihren Kriegsdienst und Tod
für seine dem britischen Volke erwiesenen wertvollen Dienste
der Dank ausgesprochen wird. Außerdem hat das Unter-
haus den Geldbesitzer an verschiedene Befehlshaber zur
See und zu Lande im Gesamtbetrag von 585 000 Pf.
darunter je 100 000 Pf. für Otag und Beatto, zugestimmt.
Die Arbeiterpartei hatte beantragt, die Gesamtsumme auf
200 000 Pf. herabzusetzen. Dieser Antrag wurde aber mit
288 gegen 66 Stimmen abgelehnt. Der Regierungsantrag
wurde mit 274 gegen 64 Stimmen angenommen.

Die Streikbewegung. Der „Telegraph“ meldet
aus London: Die streikenden Polizisten in Liverpool suchen
auf jede Weise einen allgemeinen Streik herbeizuführen.
Die Gemeindefunktionäre haben dem „Times“ zufolge die Un-
stimmigkeit zum Ausdruck der Straßenbahnangehörigen aus-
gesprochen und beschloffen, nach 24 Stunden die Arbeit
niederzuliegen, wenn die Forderungen des Straßenbahn-
personals und anderer Gemeindefunktionäre nicht befriedigt
werden. Infolge dieses Beschlusses wird allen Gemeindefunk-
tionären u. a. auch den Elektrizitätswerkangehörigen
gekündigt werden. Short gab im Unterhaus bekannt, daß
seine weiteren Polizisten sich dem Streik in Liverpool an-
geschlossen hätten. Die Lage dort sei unruhig. Die
Regierung habe den britischen Behörden jede Unterstützung
zuteil werden lassen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten
und die Bürger zu schützen. Es seien erfolglose Versuche
gemacht worden, die Docks in Brand zu stecken. — Der ge-
schäftsführende Ausschuss des nationalen Eisenbahnerver-
bandes hat in einer Zusammenkunft in London beschlossen,
keine Aktion zur Unterstützung des Polizeistreiks zu un-
ternehmen und den Mitgliedern, die sich jetzt im Ausnahme-
zustand befinden, angemessen, sofort wieder zur Arbeit zurück-
zukehren.

Der Prozeß gegen Wilhelm II. Im Unterhaus
lagte Bonar Law in Erwiderung auf eine Anfrage: Die
Militären hätten ihren Beschluß betreffs des Prozeßes
gegen den früheren Kaiser in London nicht geändert. Doch
könne kein Verfahren vor Ratifizierung des Friedensver-
trages eingeleitet werden.

**Der Prinz von Wales nach Amerika abge-
reist.** Nach einer dreitägigen Werbung aus London ist der
Prinz von Wales an Bord des Panzerschiffes „Kenon“
nach Kanada und den Vereinigten Staaten abgereist.

**Die Arbeiterbewegung in englischen Ko-
lonien.** Die englischen Blätter vom 5. ds. Mts. bringen
eine Neutermeldung aus Montreal vom 4. August, wo-
nach 35 000 Arbeiter in den kanadischen Eisenbahner-
schaften aufgefordert worden sind, bis zum 24. ds. Mts.
darüber abzustimmen, ob sie ebenso wie die amerikanischen
Arbeiter in den Ausnahmestand treten wollen. — Wie die
„Morningpost“ aus Sidney meldet, hat sich in Australien eine
neue radikale Partei gebildet, die ein korporatives Ge-
meinwesen gründen will, in dem die organisierten
Industriearbeiter alle Vermögensquellen und die gesamte
Erzeugung besetzen und kontrollieren.

Die alte Geige.

Kriminalroman von E. Corson.

2. Fortsetzung.

Witterweile war es schon geworden.
„Jetzt könnte er da sein“, murmelte sie, unruhig nach
der Uhr blickend. „Aber er wird wohl Verzicht zu er-
statten haben, und da geht es nicht so schnell.“

Mit jeder Minute, die verstrich, wurde ihr schmerz-
ums Herz. Endlich hielt sie es nicht mehr aus, nahm
den Keinen auf den Arm und ging mit ihm vor die Haus-
tür.

Dort konnte man fast die ganze Straße bis zu den
Anlagen übersehen, aber Schröders hohe Gestalt wollte
sich nicht zeigen.

Wilde- und Gemüswagen rasteten in die Stadt; Ob-
ster brachten ihre Waren zu Markte. Doch die junge Frau
schäute vergebens nach dem Ersehnten aus.

Schnellen bekam Durch und fing zu schreien an. Sie
ging wieder hinauf mit ihm, wärmte Milch und rief, da
plötzlich Schritte auf der Treppe laut wurden.

„Still, du Schreckha! Kommt, der kann das
Breinen nicht leiden. Komm! Wir lauten ihm entgegen!“

Doch nicht Schröder war es, sondern einer seiner
Kameraden, und als ihm Vene ins Gesicht sah, schrie sie
laut auf und wachte, daß sie Händertücher hören würde.

Er konnte ihr die Unglücksbotschaft nicht ersparen und

Ein russisch-amerikanisches Bündnis. Das russische Organ
des russischen Zentralrates, die „Djemtsch“ schreibt: Der
Präsident von Versailles hat China in eine beratende Lage
versetzt, daß es zu einem Kriege zusammen trete. Es sei
aber wahrscheinlich, daß China mit Sowjet-Rußland ein
Bündnis schließt, da letzteres Chinas Friedensprogramm
gut heißt. Die russische Regierung ist bereit, China die
notwendigen Schritte zu überlassen und zusammen mit China
diejenigen Schritte zu realisieren, zu denen China durch
Verhandlungen genötigt war. Zum Schluß verlangt die
„Djemtsch“, die Räte-Regierung solle alle Mittel anwenden,
um das Besagte gründlich zuhande zu bringen.

Die Debatte über den Eisenbahner. 14 amerikanische
Eisenbahnerverbände, die etwa zwei Millionen Arbeiter ver-
treten, haben der Eisenbahnverwaltung gemeinsam die
Forderung auf sofortige Erhöhung der Löhne vorgelegt.
Nach einer zuverlässigen Schätzung würde die vom Eisen-
bahnerpersonal verlangte Löhnerhöhung eine Mehrausgabe
von 8 Millionen jährlich bedeuten, während die Einnahmen
bereits einige Hundert Millionen unter dem von der
Regierung garantierten Betrage zurückblieben. „Daily News“
meldet aus New York, daß bei der politischen und wirt-
schaftlichen Krise, die die Vereinigten Staaten augenblicklich durch-
machen, der Name Hearst in den Vordergrund trete. Hearst
habe sich mit Wilson und den Demokraten verbunden
und es sei möglich, daß er die Bildung einer neuen Partei
vorschlagen werde, die folgende vier Ziele verfolgt: 1. An-
erkennung der irischen Republik; 2. Aufnahme Deutschlands
in den Völkerbund; 3. Rußbarmachung der Profite für die
Kriegsindustrie; 4. Sicherung des festgelegten Recht der
Arbeiter auf Vertretung in der Leitung der Industrien.

Die Schantung-Frage. Das „Frankfurter Radio“ berichtet
aus Amerika: Ein aus Tokio über London eingetroffenes
Telegramm besagt, daß der japanische Minister des Auswärtigen
eine Erklärung veröffentlicht hat, demzufolge Japan nicht
die Absicht hat, irgendwelche territoriale Souveränität
Schantungs beanspruchenden Rechte geltend zu machen. Als
Erklärung wird gesagt, daß die japanischen Truppen, sobald
eine Uebereinkunft mit China erreicht sei, zurückgezogen
würden.

Anglo-afghanische Friedensverhandlungen. Wie die
„Frankfurter Zeitung“ berichtet, besteht zur Zeit Waffenstil-
land zwischen den Truppen des neuen Emirs von Afghanistan
und den indischen Truppen Großbritanniens, die, jeden
Widerstand brechend, in afghanisches Gebiet eingedrungen
waren und die Bevölkerung durch weit ausgeübte Plünder-
angriffe terrorisiert hatten. Eine Friedensdelegation des
Emirs ist kürzlich in Rawal Pinda eingetroffen, um mit dem
Botschaftsmitglied des Botschafts von Indien, Sir Hamilton
Grant, zu verhandeln. Der Engländer eröffnete die Ver-
handlungen mit einer sehr hochfahrenden Rede. Der Führer
der afghanischen Delegation ließ sich jedoch nicht verblüffen.
Er verwahrte sich gegen einen Diktatfrieden und behauptet, daß
Afghanistan den Krieg begonnen habe und den Frieden nach-
gesucht hätte. Großbritannien sei mächtig, aber die Afghanen
seien nicht unmöglich. Afghanistan werde die Sperre zwischen
dem Hochasien und Indien. Im Falle einer Wieder-
eröffnung des Krieges und eines Sieges der Engländer
würde eine bolschewistische Flut nach Indien eindringen. Ein
gerechter und ehrenvoller Friede würde jedoch die bolsche-
wistische Flut zurückdrängen. Diese selbstbewußte Sprache
des Afghanen ist den Engländern natürlich nicht angenehm;
sie drohen deshalb mit einem Abbruch der Verhandlungen.

Eine Berichtigung des Justizministers Dr. Harnisch.

In verschiedenen Tageszeitungen ist ein Brief abge-
druckt, den die „Deutsche Zeitung“ von einem Kriegs-
gefangenen in einem englischen Offiziers-Gefangenenlager
erhalten hat. Nach diesem Brief soll auch der sächsische
Justizminister seinem in diesem Gefangenenlager befind-
lichen Sohne dem Sinne nach geschrieben haben, „daß
der deutsche Regierung gar nichts daran läge, daß die Ge-
fangenen zurückkehrten“.

Herr Justizminister Dr. Harnisch stellt der
Presse ein gefahren von ihm in der Angelegenheit an die
„Deutsche Zeitung“ gerichtete Schreiben zur Verfügung. Aus dem
Inhalte dieses Schreibens, das wir nachstehend ab-
drucken, geht hervor, daß das, was in dem von der „Deut-
schen Zeitung“ abgedruckten Briefe hinsichtlich des säch-
sischen Justizministers gesagt ist, nicht den Tatsachen ent-
spricht.

Dresden-N., den 7. August 1919.
An die
Redaktion der „Deutschen Zeitung“
Berlin SW. 11.
Bismarckstr. 12.

Nach einem in Ihrer geschätzten Zeitung vom 6. Aug.
wiedergegebenen Briefe eines Kriegsgefangenen in England
soll ich meinem, nach 4-jährigen Kampfen leider in eng-
lische Gefangenschaft geratenen Sohne dem Sinne nach ge-
schrieben haben, „daß die deutsche Regierung wolle die Ge-
fangenen gar nicht“.

Daß ein Vater dem eigenen Sohne, nach dessen Rück-
kehr er sich selbst, etwas so Leichtes nicht geschrieben
haben wird, sollte kaum der näheren Darlegung bedür-
fen. Ich begreife nicht, daß vor Veröffentlichung einer
so ungläubigen Nachricht über einen angeblichen Brief-
inhalt nicht erst bei mir Nachfrage erfolgt ist. Wie der
Fremde entsetzt ist, insbesondere, ob etwa diejenige
erbitterte Worte eines Briefes von mir bezieht hat, ver-
mag ich natürlich nicht einmal zu erraten. Wahr ist aber
genau das Gegenteil dessen, was ich ge-
schrieben haben soll. Ich habe jederzeit meinem
Sohne und seine bedauerndsten Leidensgenossen ermahnt,
nur ja die Gesundheit und das Vertrauen nicht zu verlieren,
und versichert zu bleiben, daß von Deutschland aus alles
getan würde, um ihr Los zu erleichtern und die baldige
Rückkehr zu ermöglichen. Ich habe vor allem gewarnt,

hatte gerade noch Zeit, den kleinen Bubben aufzufangen, den
sie im ersten Schreck aus den Armen gleiten ließ.
Vene war ganz fassungslos. Sie rang die Hände und
konnte keine Tränen finden; aber jeder Atemzug war ein
peinvolles Stöhnen. Dieses innerliche Schreien klang
schauerlich, als müßte die Verurteilte an ihren ungewein-
ten Tränen erstickt.

Joseph Kainer wußte nicht, was er tun, wie er die
junge Witwe trösten und beruhigen sollte. Er holte eine
gutmütige Nachbarin und bat sie, auf Vene und das Kind
aufzupassen, damit kein neues Unglück geschähe. Man
konnte ja nicht wissen, wozu die arme, kleine Frau in
ihrem Schmerz fähig war. Krief sie doch ein über das
andere Ämer!

„Ich geh' ins Wasser! Wenn Paul tot ist, haben ich
und der Bub nichts mehr auf der Welt zu tun!“

„Das sind gottlose Weiden!“ tadelte das herbegeholt,
weißhaarige Weib. „Was läte denn Schröder dazu sa-
gen, wenn er so was noch hören könnte? Er war doch ganz
narrisch von Lieb zu Ihnen und dem Buben. Jetzt heißt
es, doppelt für Hanschen sorgen, damit kein Vater zu
ihm weiter lebt. Daß ich nicht recht?“

„Ja, ja — aber ich weiß ja gar nicht, was ich red'
und in und wie ich das furchtbare Unglück tragen soll.“

„Der Mensch ist stärker, als er glaubt, und Gott hilft
ihm in seiner Not.“

Ich und der bewußtsten Stimmung heraus, die mich beiseite
geschleift wurde, etwa zu Lärmen hinsetzen zu
lassen, die das Los der Gefangenen nur erschweren wür-
den. Meine eigene Stellung in der Angelegenheit — und
war als Privatmann, denn amtlich habe ich
mit der Sache nichts zu tun — geht am besten
daraus hervor, daß ich vor wenigen Tagen die deutsche
Regierung von der auch mir bekannt gewordenen verzwel-
felten Stimmung der Gefangenen unterrichtet und
dringend gebeten habe, die Gefangenen amtlich aufzusuchen,
und, soweit möglich, namentlich Fühlung mit den Bar-
kamenten sowohl der feindlichen, als auch der neutralen
Seiten zu suchen, um den Gefangenen amtlich aufzusuchen,
und deren baldige Rückkehr zu ermöglichen. — Ich selbst
bin überzeugt, daß die Regierung in der Angelegenheit alles
getan hat, was ihr nach Lage der Sache und bei der be-
wundernswerten Ohnmacht Deutschlands irgend möglich
war.

Zu den Angriffen gegen die Regierung in der Kriegs-
gefangenenfrage kann außerdem noch mitgeteilt werden, daß
die Ritterschaft, die deutsche Regierung habe bis jetzt noch
keine Kommission ernannt, um mit der Entente über die
Rückkehr der Kriegsgefangenen zu verhandeln, völlig aus
der Luft gegriffen ist. Tatsache ist, daß diese Kommission
in Versailles sitzt und nichts zu tun hat, weil die Entente
weder ihre positiven Vorschläge entgegennehmen, noch selbst
Vorschläge machen will. Nach § 213 des Friedensvertrages
ist die Entente vorläufig noch nicht verpflichtet, die Ge-
fangenen herauszugeben. Diese Verpflichtung tritt erst
dann in Kraft, wenn der Friedensvertrag ratifiziert wor-
den ist. Das ist der springende Punkt dieser ganzen An-
gelegenheit.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 8. August 1919.
Für das Verbleiben bei Deutschland.
Berlin. Der „Vorwärts“ meldet: Wie wenig die
Bevölkerung des oberösterreichischen Bezirks Rastdorf geneigt
ist, von Deutschland loszukommen, beweist eine von sämt-
lichen Stimmberechtigten vorgenommene Wahl. Es stimmten
95 Prozent für Deutschland, die übrigen 5 Prozent
verhielten sich indifferent. Nur wenige Stimmen erklärten
sich für den Anschluß an den Tschechienstaat.

Die Verhaftung in Wien.
Wien. Der Kanzlergehilfe, der wegen des geplanten
Attentats gegen den Staatspräsidenten Seih und Minister-
präsident Renner verhaftet wurde, heißt Simon Ladstätter.
Er gibt an, vor einem halben Jahre durch Offiziere zu diesem
Attentat gedungen zu sein, 500 Kronen Vorkauf und
Waffen erhalten zu haben. Der 30-jährige Ladstätter
macht einen anormalen Eindruck und soll erst vor kurzem
Selbstmord verübt haben. (Siehe unter „Deutschherleid“.)

Verhandlungen mit Kaiser Karl.
Wien. Laut „Wiener Allg. Zeitung“ verhandelte
die englische Regierung zuerst mit dem Kaiser Karl über
den ungarischen Thron. Der Kaiser lebte jedoch ab mit
der Begründung, daß ihn nach Herrschergefühlen nicht ge-
läste, da es ihm nicht gelungen sei, die Revolution und
den Zusammenbruch zu verhindern. Darauf führten die Eng-
länder Verhandlungen, den Erzherzog von Hohenberg, den
Sohn des ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand, mit
der höchsten Macht in Ungarn zu betrauen. Erst als diese
Verhandlungen ergebnislos blieben, wurde Erzherzog
Jozsef berufen.

Ein neues Österreich-Ungarn?
Wien. Das „Achtungsblick“ schreibt: Von Infor-
mierter und der Entente nahesteherer Seite wird die Lage
in Budapest dahin aufgefaßt, daß sie unter Umständen zur
Wiederherstellung der ehemaligen österreichisch-ungarischen
Monarchie unter dem Schutze der Entente allerdings in
bedeutend verkleinertem Maße führen könnte. — Die An-
hänger der Regierung Bela Kuns sind starken Verfolgungen
ausgesetzt. Man glaubt, daß die Wahlen zur Nationalver-
sammlung eine große Mehrheit für die Wiederherstellung
der Monarchie und für die Wahl des Erzherzogs Jozsef
zum König von Ungarn ergeben würden.

Streik der Seefahrer in Neapel.
Lugano. In Neapel sind sämtliche Seefahrer in den
Streik getreten. Alle Dampfer stellten ihre Ausfahrt ein.

Ein holländisches U-Boot versenkt.
London. (Reuter.) Die Admiralität teilt mit:
Seitern früh ist von dem Seefahrer, der in der Ostsee den
Befehl führt, ein Telegramm eingetroffen, worin er von der
Versenkung des holländischen Unterseebootes „Erk“ durch
die britischen Zerstörer „Valour“ und „Cancouver“
Nachricht gibt.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands.
London. (Reuter.) Bridgman teilte mit: Die
Kohlenförderung in der mit dem 27. Juli endigenden Woche
gab nur 2 1/2 Millionen Tonnen ergeben. Dies bedeutete
gegenüber den durchschnittlichen Wochenleistungen für den Zeit-
schnitt vor dem 16. Juli eine Verminderung um nahezu
50 v. H. Chamberlain gab eine sehr ernste Erklärung über
die finanzielle Lage ab und sagte: Wenn die Ausgaben
nicht vermindert und die Produktion nicht vermehrt wer-
den, so geht das Land geradewegs dem Bankrott entgegen.
Das einzige Hilfsmittel bei dem ungünstigen Stand der
Valuta sei die Einfuhr zu vermindern und die Ausfuhr
nach den Ländern zu vermehren, die bar zahlen könnten.
Man werde der Lage Herr werden können, wenn das Volk
den Schwierigkeiten geeinigt und mit Patriotismus begegne.

Bermittelt.
Durch Feuer vernichtet. Das frühere dem An-
haltischen Herzoghaus gehörende Schloß Wittenberg bei Köthen
ist in der vorletzten Nacht vollständig niedergebrannt. Auch
die künstlerisch wertvolle Schloßkirche, die gleichzeitig von
der Gemeinde zum Gottesdienst benutzt wurde, ist völlig
gestört. Man vermutet, daß das Feuer an zwei Stellen
ausbrach, daß Brandstiftung vorliegt.

„Ach Gott — zu wissen, daß es nie — nie wieder
besser werden kann.“

„Ich habe einmal in einem allen Dorfstrahlen den
Trostspruch gelesen:
Und geht dein Weiden nicht vorher
So gehst du doch vorher.“

„Daran muß man denken. Das ist eine ewige Wahr-
heit, die kann auch der Unglücklichste nicht leugnen.“
Während die gute Alte eine wahrhaft mitterliche
Beredsamkeit aufbot und der armen Magdalena, die sehr
erduldende Tränen fand, nicht von der Seite wich, wurden
auf der Folger die von dem Mörder fortgeworfenen Sachen
einer sorgfältigen Untersuchung unterzogen.

In dem Segeltuchtopf fand man zwei seine Degen-
angabe. Wäsche, eine goldene Uhr mit schwerer goldener
Kette, ferner Ringe und wertvolle Schmuckstücke. Außer-
dem ein paar Stiefel. Diese paßten aber nicht zu dem
gestohlenen Gegenständen, denn sie waren alt, schiefge-
treten und zerrissen und mochten wohl dem Einbrecher
gehören, der sie wahrscheinlich nach der Tat mit vorge-
fundenen anderen vertauschte.

Bei einer genaueren Untersuchung wurde die Vermu-
tung zur Gewißheit. Die Stiefel waren noch feucht vom
Nachttau und an den Sohlen bemerklich noch frische Er-
spuren. An den Erdklumpen klebten noch unverweilte
Blätter. Feuchte, schwarze Socken fanden sich gleichfalls
vor.

Kammer-Lichtspiele

Riesa, Hauptstr. 1.
Sonntag, 1. August 1919, Eröffnung-Vorstellung.

Programm vom 9.-11. August:

„Im Herbst des Lebens“
Drama in 5 Akten, spannend.
„Sie können bei mir schlafen“
tolle Komödie in 3 Akten.
Herrliche Naturaufnahme.
Beginn abends 8 Uhr.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Jugend- u. Familienvorstellung.
Um güt. Zutritt bittet die Direktion.

P. Thiemes Tanzunterricht

Hotel Kronprinz, Riesa.

Vielen Anfragen und einer in Riesa bestehenden Notwendigkeit abzugeben, habe ich die Absicht, Mittwoch, den 13. d. M., einen **Tanzkursus** mit Erlernung guter gesellschaftlicher Umgangsformen zu eröffnen. Gelehrt werden sämtliche moderne Hund- und Gesellschaftstänze. Sehr mäßiges Honorar, gewissenhafte Ausbildung. Damen erbitte 8 Uhr, Herren 9 Uhr. Die Teilnahme liegt im Hotel Kronprinz aus und wolle man dort Anmeldungen gütlich bewirken. — Privatstunden zu jeder Tageszeit.
Hochachtungsvoll P. Thiemer, Tanzlehrer.

Hotel zum Stern, Riesa.

Montag, den 11. August, abends 7/8 Uhr
Gastspiel d. Dresdner Kammerspiele
Direktion Oswald Wolf.
Zum ersten Male. Einmalige Aufführung.

Griseldis

Schauspiel in 5 Akten von D. Courth-Mähler, nach dem gleichnamigen Roman, der in der „Dresdner Hausfrau“ erschienen ist.
Vorverkauf durch die Buchhandlung Hoffmann (Tel. 107).
Alle nähere siehe Tageszettel!

Hotel zum Stern.

Böhlertätigkeits-Konzert

zum Besten unserer Kriegsgefangenen
zugleich Abschieds-Konzert
Kapelle des 2. Leichten Art. (Reichswehr) Regt. Nr. 19
unter gütiger Mitwirkung von Fel. G. Schneider (Klavier).
— Alle nähere Plakate.
Aus dem Programm u. a. Klavier-Konzert A-Moll Gd. Grieg
mit Orchesterbegleitung.

Hotel Kronprinz.

Nächsten Sonntag
grosse Ballmusik
Restaurant zur Wartburg.
Morgen Sonnabend, den 9. August
großes Preis-Staten
— Anfang 7/8 Uhr — A. Wiegler.
wogu freundlich einladet

Gasthof Weida.

Sonntag, 10. August, von 4 Uhr an
grosser Stoppeltanz.
Hierzu laden ergebenst ein Strahberger Erb.

Für die so überaus ehrenden, herrlichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Deingange meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin
Martha Rodisch
geb. Walthers, sagen wir allen, insbesondere auch meinen lieben Arbeitskollegen für den herrlichen Blumenkranz, unsern herzlichsten Dank.
Riesa, am 7. August 1919.
In tiefer Trauer
Moriz Rodisch und alle Hinterbliebenen.

Wegen Aufgabe des Geschäfts

von heute ab Total-Ausverkauf sämtlicher Leder- und Sattlerwaren zu herabgesetzten und teilweise Einkaufspreisen. Es bietet sich dadurch günstige Gelegenheit, schon jetzt für den Weihnachtsbedarf sich einzudecken, indem durch hohe Lederpreise und -knappheit mit einem Preisrückgang für Lederwaren auf längere Zeit noch nicht zu rechnen ist.

Paul Marle, Pausitzer Str. 10.

Gasthof Pausitz.

Sonntag, den 10. August
Feine Ballmusik.
Anfang 4 Uhr.
Es ladet freundlich ein
Sabella Gimmier,
Ed. Goltzbohn.

Gasthof Gröba.

Su dem am 10. August im Gasthof Gröba
stattfindenden
Vereinsvergügen
ladet ergebenst ein
Sungl
Sungl

Zum Anker, Gröba.

Sonnabend, den 9. August, abends 8 Uhr
großer Konzert- und Theater-Abend
der überall beliebten, mit großem Beifall aufgenommenen
Leipziger Volks-Sänger
Leipzig's vornehmste Sängergesellschaft.
Vorverkauf im „Anker“: 1. Platz 1.30 M., 2. Platz 1.00 M.
An der Abendkasse 80 Pf. Kutschlag.

Gasthof Canitz.

Sonntag, den 10. August
großes öffentliches Turnervergügen
mit turnerischer Aufführung. — Mähen-Volonalle.
Extrafeine Streichmusik. Anfang 6 Uhr.
Ergebenst ladet ein
der Festausstich.

Strehla, Elbe

Fernsprecher Nr. 88
Centralheizung
Angenehmes Familien-Pokal
Reitensprech. vorzügl. Küche
N. Bier — — Gute Weine.
Ausspannung.
Besitzer: Arthur Kühne

Vindenhof Strehla.

Sonntag, den 10. August
feine öffentliche Ballmusik
Streichmusik — Anfang 8 Uhr.
Dazu ladet ergebenst ein
Gustav Schmorl.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Telefon 465.
Freitag bis Montag:
Das gewaltige Werk



Opium.

Kapelle des Herrn Musikmeister Rand.
Sonntag 2-4 Uhr
Kinder- und Familien-Vorstellung.
Um gütigen Zutritt bittet
die Besizerin: Anna Jach.

Meine am 16. Juni 1919 stattgefundene Verlobung mit Fräulein Lotte Richter in Leisnig zeige ich hierdurch an.
Hans Lochmann.
Riesa, 10. August 1919.
Hauptstraße 81.

Gasthof Wülfnitz.

Sonntag, den 10. August
große öffentliche Ballmusik
— Anfang nachm. 4 Uhr —
wogu freundlich einladet
E. Schneider.
in sauberer Aus-
führung
vermittelt
Franz Börner
Hauptstraße 64.

Knopflöcher Sohlbaum u. Bierstich

empfehlen
W. Siemsen & Co.
Boppitzer Str. 19 C.

Nähmaschinen

empfehlen
Paul Schierib, Glaubitz.
Verkaufe ganz enorm billig:
Damenhemden,
getickt und mit Spitzen,
weisse Bettücher,
bunte Herren-Taschentücher
Gendensch, Robnesel,
Gendensch, Bettzeug, weiß usw.

Kurt Vogelmann,

Gröba,
Fischauer Straße 21, 2.
Leiterwagen
sind wieder in verschiedenen
Größen von guter starker
Bauart eingetroffen.
Einzelne Räder
bis 60 cm hoch empfiehlt
Joh. Rudolph
Kordmachersstr., Schulstr. 4.

Eiserne Töpfe

wieder eingetroffen.
Paul Schierib, Glaubitz.

Gasthof Boritz.

Sonntag, den 10. August
große Ballmusik.
Dazu ladet freundlich ein
Emil Steudte.

Gasthof Radewitz.

Sonntag, den 10. August,
ladet zur herzlichsten
Ballmusik
freundlich ein
Mar Biesche.

Gasthof Pransitz.

Sonntag, den 10. August
Ball
wogu freundlich einladet
Otto Lehmann.

Gasthof Störsitz.

Sonntag, 10. August, ladet zur
öffentl. Ballmusik
(Anfang 8 Uhr)
freundlich ein
F. Moscher.

Gasthof Nauwalde.

Sonntag von nachm. 6 Uhr
an herzlich
Ballmusik.
Dazu ladet ergebenst ein
Cesar Paul.

Gasthof Reußen.

Sonntag, den 10. August,
ladet zum
Schnitterfest
u. Damenkränzchen (Anfang
4 Uhr) alle freundlich ein
Thekla verto. Schneider.

Gasthof Hahnefeld.

Sonntag, d. 10. August, von
6 Uhr an feine Ballmusik
für jung u. alt. Dazu ladet
freundl. ein
E. Gornemann.

Alte Post, Stauchitz

Sonntag, den 10. August
**großes Extra-
Konzert und Ball.**
Anfang 6 Uhr. Eintritt 1 M.

Tanz-Kränzchen

(Anfang 4 Uhr)
sind alle tanzlustigen Herren
und Damen herzlich will-
kommen.
P. W.

Raninchenzüchter, Berein

Weida u. Umg.
Sonntag, den 10. August,
abends 7 Uhr
Monatsversammlung
im Restaurant Wartburg.
Das Erscheinen aller Mit-
glieder dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Die heutige Nr. umfasst
8 Seiten.

Nationalversammlung.

Präsident Friedrichs eröffnete die gestrige Sitzung um 4 Uhr 30 Minuten. Zweite Beratung des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe.

Der grundlegende § 1 wird ohne Erörterung angenommen, ebenso die Paragraphen 2 bis 12. Zu § 13, der die Steuerhöhe festsetzt, verlangt ein sozialdemokratischer Antrag eine Erhöhung.

Abg. Dreiner (Soz.) begründet den Antrag. Was den Schiebern in der Form von Steuern abgenommen werde, brauche von der Masse der Bevölkerung nicht aufgebracht zu werden.

Abg. Becker (Deutsche Vpt.): Die Steuer trifft auch die ehrlichen Geschäftleute und bedeutet schon nach der Vorlage eine Belastung, die die Grenze des wirtschaftlich Möglichen überschreitet.

Abg. Sturm (Unabh.): Nach diesem elenden Kriege hat jeder mehr ein Recht, aus diesem Kriege noch ein Mehrkommen davonzutragen. Das muß bis auf den letzten Pfennig hinweggekauert werden.

Nach einer weiteren Bemerkung des Abg. Dr. Heim (Zentr.) wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und § 13 in der Ausschlußfassung angenommen. Dagegen werden die §§ 16 bis 19 nach unerheblicher Debatte in der Ausschlußfassung angenommen. Unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, der die Streichung des Paragraphen verlangt, wird § 20 angenommen. § 24 wird unter Ablehnung von sozialdemokratischen und unabhängigen Anträgen, die auf Befreiung eines Teiles der im Paragraphen vorgesehenen Erträge abzielen, unverändert angenommen. Zu § 20 (Abgabe für ausländische Gesellschaften) stellen die Sozialdemokraten den gleichen Antrag wie zu § 24. Nachdem Reichsfinanzminister Erzberger dagegen gesprochen hatte, wird § 20 unverändert angenommen. Bei § 23 wird ein demokratischer Antrag hinzugefügt, der den Gewerkschaften die Abkündigung von Kriegsanleihe erleichtern soll. Die übrigen Bestimmungen des Entwurfs gelangen nach unerheblicher Debatte zur Annahme, womit die 2. Lesung der Vorlage beendet ist.

Es folgt die 2. Lesung des Gesetzes über eine

Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Abg. Dr. Nieber (Deutsche Vpt.): Keine Partei und keine Fraktion im Hause wird sich der Pflicht entziehen, dem Reich in seiner schweren Notlage das Notwendige zu geben. Bedingt durch den Krieg, wieweit man die Grenzen der Besteuerung abheben will.

Ein Antrag Sturm (Unabh.) der die Kirchensteuer freisetzt, wird abgelehnt, ebenso mehrere sozialdemokratische Anträge, die u. a. Zuwendungen für den notwendigen, nicht angemessenen Unterhalt einleiten und andere Zuwendungen, namentlich für kirchliche, militärische oder gemeinnützigen Zwecken freisetzen sollen. § 15 bestimmt, daß die Abgabe nur erhoben wird, wenn das Einkommen unter Berücksichtigung der Hinzurechnungen 10 000 Mk. übersteigt. Abgabepflichtig ist der von dem Betrag von 5000 Mk. übersteigende Vermögenszuwachs.

Abg. Frau Fährs (Soz.) begründet dazu einen Antrag über § 15 und Gesetzen, nach dem der von dem Betrag von 5000 Mk. übersteigende Vermögenszuwachs abgabepflichtig sein soll, wenn der Vermögenszuwachs 20 000 Mk. übersteigt. Abg. Sturm (Unabh.) tritt für die Streichung der Erleichterungsbestimmungen ein.

Unterstaatssekretär Müsse tritt mit Ablehnung der beiden Anträge. Schließlich gelangt § 15 unter Ablehnung der beiden Abänderungsanträge in der Ausschlußfassung zur Annahme.

Zu § 16, der die Befreiung der Kriegsabgabe enthält, liegt ein Antrag Sturm (Unabh.) und Gesetzen vor, die beide die Kriegsabgabe erheblich vermindern sollen.

Abg. Gelsenbach (Soz.) erklärt, daß die Mehrheitssozialisten an sich den ganzen Vermögenszuwachs während des Krieges besteuern würden. Es sei widerläufig, daß trotz und während des Krieges Vermögensvermehrungen zustande gekommen sind. Sie seien in 1. Linie von Kellamietern gemacht worden, die die Kriegskonjunktur auszunutzen konnten.

Danach gelangt der § 16 unter Ablehnung der beiden sozialdemokratischen Anträge in der Ausschlußfassung zur Annahme.

Zu § 24, wonach die Abgabe gestundet werden kann, falls ihre Einziehung mit einer besonderen Härte für den Abgabepflichtigen verbunden sein würde, wird ein Antrag Gröber (Zentr.) und Gesetzen angenommen, wonach der Steuerpflichtige im Falle der Verweigerung der Stundung die Entscheidung des Reichsfinanzhofes anzufechten kann.

Der Rest der Vorlage wird unverändert angenommen. Nächste Sitzung: Freitag 14 Uhr nachmittags (Anfragen, 6. Ergänzung zum Beschlußgesetz, Ergänzungsmassregeln gegen Kapitalabwanderung ins Ausland, Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft).

Zu den Enthüllungen Erzbergers.

Eine Darstellung

des früheren Reichsfinanzministers Dr. Michaelis.

Über den englischen Friedensfühler veröffentlicht die „Börsen Zeitung“ eine für von dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Michaelis nach Besprechung mit dem Vertreter der früheren Obersten Heeresleitung u. dem Staatsminister Dr. Helfferich und in Gemeinschaft mit diesem gegebene Darstellung, die in ihrem sachlichen Teile im wesentlichen wie folgt lautet: Ich war mit dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Herrn v. Kühlmann, mit dem ich alsbald das Schreiben des Runtius eingehend besprach, der Meinung, daß angesichts des begleitenden Kommentars des Reichsfinanzministers Erzberger zwar die Möglichkeit eines ernsthaften englischen Friedensfühlers vorliegt, daß jedoch aus dem von dem Runtius mitgeteilten Texte der Mitteilung des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan sich nicht mit der für die Abgabe der gewünschten Erklärung über Belgien erforderlichen Sicherheit die Ernsthaftigkeit der englischen Bereitwilligkeit ergebe, auf einer für Deutschland im übrigen annehmbaren Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten. Deshalb habe ich mit Herrn v. Kühlmann vereinbart, daß zunächst durch einen von Herrn v. Kühlmann vorgeschlagenen neutralen Diplomaten die englische Regierung auf ihre Bereitwilligkeit sondiert werden sollte. Im Kronrat vom 11. September beantragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen die kaiserliche Ermächtigung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgien bereit sei. Der Chef des Admiralstabes sprach sich dafür aus, daß die belgische Note in deutscher Hand bleiben muß. Die Vertreter der Obersten Heeresleitung legten die militärischen Gründe dar, die in Rücksicht auf die exponierte Lage des für die Kriegführung durch seine kriegs-

wirtschaftlichen Erzeugnisse unentbehrlichen rheinisch-wälschen Industriegebietes und die spätere Verteidigungsmöglichkeit des Reiches die militärische Kontrolle über die Festung Lüttich und Umgebung erwünscht erscheinen ließen. Der Kaiser entschied im Sinne meines Antrages mit dem Vorbehalte einer erneuten Prüfung, falls der Verzicht auf Belgien nicht bis zum Jahresende den Frieden sichern und so einen neuen Kriegswinter ersparen sollte. — Auf dieser Grundlage habe ich den Staatssekretär des Auswärtigen beauftragt, seinen neutralen Vertrauensmann zu instruieren. Dem neutralen Vertrauensmann wurde in meinem Auftrage weiter eröffnet, unerfährter sei Voraussetzung der Verhandlungen mit England: die Erhaltung unseres Bestandes vor dem Kriege einschließlich der Kolonien, der Verzicht auf Entschädigungen und die Abstinenz vom Wirtschaftskriege nach dem Kriege. Michaelis fährt sodann aus, daß es sich in dem von dem Reichsfinanzminister Erzberger veröffentlichten Briefwechsel zwischen ihm und dem Feldmarschall v. Hindenburg nicht um Vorbehalte handelt, die gegenüber England gemacht wurden, sondern um Ziele, die in Verhandlungen mit Belgien selbst angestrebt werden sollten. Die dem Ziele des Feldmarschalls beigelegte Leichtigkeit des Generals Ludendorff vom 4. September 1917 hatte ohnedies nur den Zweck einer schriftlichen Niederlegung seiner im Kronrat gemachten Ausführungen, wie das auch aus den Eingangsworten deutlich hervor geht. Michaelis fährt fort: Die Aktion des neutralen Vertrauensmannes ist durch diese Dinge in keiner Weise eingengt oder erschwert worden. Sie führte jedoch schließlich zu einem durchaus negativen Ergebnis. Es stellte sich heraus, daß auf der von der deutschen politischen Leitung ungetriebenen Grundlage, die durch den Reichstagsbeschluss vom 19. Juli 1917 entworfen, bei der britischen Regierung keinerlei Vereinigung zu Friedensverhandlungen bestand. Daraus ergab sich, daß der Reichsfinanzminister Erzberger und der apostolische Nuntius in Vänningen der Mitteilung des „Foreign Office“ an den britischen Gesandten beim Vatikan eine dieser Mitteilung nicht zukommende Bedeutung beigelegt hatten.

Eine anscheinend von Erzberger kommende Erklärung:

W. Z. V. verbreitet folgende Mitteilung: Der englische Friedensfühler vom August 1917, den nach vor wenigen Tagen der frühere Reichsfinanzminister Michaelis in einem offenen Brief an die Presse ausdrücklich als Friedensfühler bezeichnet hat, wird auf Grund einer kurzen Neutermelung von der deutschen rechtsfähigen Presse nunmehr eifrig weitergeleitet. Alle diese Versuche werden scheitern. Der englische Friedensfühler ist eine historische Tatsache. Er bestand aus einer mit ausdrücklicher Zustimmung Frankreichs durch Vermittlung des apostolischen Nuntius an die deutsche Regierung überreichten Anfrage Englands nach den deutschen Kriegsziele, insbesondere nach einer einwandfreien Erklärung über Belgien. — Sei diese Erklärung befriedigend, so heißt es wörtlich in dem Schreiben des Nuntius vom 20. August 1917, „so meint Se. Eminenz (der Apostolische Nuntius) daß ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht werde“. Und der Nuntius fährt seinerzeit hinzu, „daß mit einer verblüffenden Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird“. Kein Parteimander wird in Frage kommen, über den Wortlaut dieses zum ausserprophetischen Amte der Friedensvermittlung geschriebenen und überreichten amtlichen Schriftstückes einer neutralen Macht hinwegzutäuschen, und seine Verfeinerung wird die Lasten aus der Welt schaffen können, daß die deutsche Regierung unter dem Einflusse der Obersten Heeresleitung und der hinter ihr stehenden alldeutschen Kreise eine Erklärung über Belgien nicht abgegeben und dadurch eine Friedensmöglichkeit verfehlt hat.

Zur Vorgesichte der Abdankung des Kaisers

veröffentlicht die „Deutsche Volkszeitung“, das Organ der deutschsozialistischen Partei, einen Brief Ludendorffs vom 29. Oktober 1918 an den damaligen Reichsminister Prinzen Max von Baden, in dem Staatssekretär Scheidemann unter Hinweis darauf, daß durch das Inkrafttreten der Diktation die Möglichkeit genommen ist, durch Diskussion eine Frage zu klären, die zu einer breiten Entscheidung des deutschen Volkes geworden ist, zu folgenden Überlegungen kommt: Aus diesem Grunde sollte ich mich gestatten, nunmehr die Forderung, die in der Presse nicht gestellt werden darf, im Kabinett zu stellen, nämlich diese: Die Herren Staatssekretäre möchten den Herrn Reichsminister bitten, Sr. Majestät dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten. Zur Begründung wird u. a. angeführt: Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Friedensverhandlungen beträchtlich günstiger Aussehen bieten, wenn die im Deutschen Reich vollzogene Ausrückung des Scheiterns durch einen Wechsel an der höchsten Stelle des Reiches aus innen und außen deutlich sichtbar gemacht wird. Die ganze politische Situation legt die Vermutung nahe, daß der vorgenannte Schritt nur hinausgezögert, aber doch nicht vermieden werden kann. Deshalb ist es besser, wenn der Kaiser jetzt schon aus dem Gesamtbild der Konsequenzen, die nach Auffassung auch zahlreicher deutscher Staatsmänner gezogen werden müssen, so schnell als möglich zieht.

Die Friedensversuche des Prinzen von Parma.

Graf Wedel stellt in einer Abhandlung über die Friedensversuche des Prinzen von Parma fest, daß Frankreich nicht einmal zu Ermüngen in der Friedensfrage geneigt war, obwohl der Prinz die Abtretung Elsaß-Lothringens angedeutet hatte.

Die deutsche Viererkommission.

die im Auftrage des Grafen Brockhoff-Rangau ein Gutachten über die Schuldfrage in Versailles ausarbeitete, erklärt heute eine Erklärung, in der es heißt, durch die Veröffentlichung eines in die Presse geflüchteten Wortes und ihre Uebersetzung zum Ausdruck bringt, daß die Reichsleitung 1914 ernstlich befreit war, alle Anlässe zu einem europäischen Konflikte auszuscheiden.

Deutschösterreichs Einwendungen gegen den Friedensvertrag.

Die deutschösterreichische Friedensdelegation hat der Friedenskonferenz eine Note überreicht, die die Einwendungen gegen den Friedensvertrag in seiner Gesamtheit enthält. Die Note macht darauf aufmerksam, daß Deutschösterreich nur solche Änderungen des Vertrages verlangt, die für sein Volk eine Daseinsnotwendigkeit sind. Was die Grenzfragen anbelangt, so habe sich Deutschösterreich umsonst auf das Nationalitätsprinzip und auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen. Es lehne nunmehr die Verantwortung ab. Deutschösterreich sei schon jetzt davon überzeugt, daß es die ihm von dem Vertrag auferlegten ökonomischen Leistungen nicht tragen könne.

Die Note geht dann im einzelnen auf die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln des Vertrages ein. Sie führt aus, daß es Deutschösterreich in den nächsten Monaten unmöglich sei, Milchfette und Vieh zu liefern, da noch viele seiner Kinder infolge Fleisch- und Milchmangels sterben. Deutschösterreich muß sich unter die finanzielle Kontrolle der Verbandsmächte stellen lassen, erwartet aber, daß die Wiedergutmachungskommission mit der durch die verweirte Lage gebotenen Schonung vorgehen und Deutschösterreich die notwendigen Kredite zur Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln einräumen werde. Es sei notwendig, daß die Kommission in bezug auf alle wirtschaftlichen und finanziellen Friedensbedingungen die nötige Nachvollkommenheit besitze. Es wird daher beantragt, Artikel 193 des Friedensvertrages durch einen Zusatz zu ergänzen.

Die deutschösterreichische Note erinnert ferner daran, daß die Friedensdelegation wiederholt darauf gedrungen habe, die finanzielle Ausbeurteilung zwischen den früheren Gebieten der Monarchie einem Ausschuss zu überweisen. Was die Verteilung der Schulden anlangt, so wärden die Klauseln des Vertrages, wenn sie unverändert blieben, den Staat und seine Bürger in einen ganz unregelmäßigen Bankrott treiben. Die Verpflichtungen des alten Österreichs bezüglich der Kriegsanleihe seien für 24 von 30 Millionen seiner Staatsangehörigen als nicht bindend erklärt worden, während die Verpflichtungen Deutschösterreichs ganz die gleichen seien, wie die der anderen Reichsteile. Abgesehen von der Banknotenschuld ergäbe sich aus den Klauseln des Friedensvertrages für Deutschösterreich eine Schuldenlast von rund 40 Milliarden. Es sollten also zwei Drittel der gesamten Schulden des österreichischen Staates, ohne die Notenschuld, ein Fünftel der früheren Bevölkerung aufgebürdet werden. Die gesamten Einnahmen Deutschösterreichs, die nach dem letzten Budget zwei Milliarden betragen, reichen gerade hin, um die Schuldzinsen zu decken, so daß irgend etwas für die unbedingt notwendigen Staatsausgaben nicht übrig bleibe. Die Note beantragt, daß jede Aufstellung der Schulden der Reparationskommission überlassen bleibe. Die Note weist ferner darauf hin, daß der deutschösterreichischen Republik durch den Artikel 202 ein ganz unerträglich großer Teil der über 50 Milliarden betragenden Notenzirkulation aufgehoben wird.

Die deutschösterreichische Note macht weiter darauf aufmerksam, daß die deutschösterreichischen Schuldner ihre in ausländischer Währung kontrahierten Schulden nur bei Gewährung langjähriger Fristen und neuer Kredite werden begleichen können. Die Forderung, daß sie ihre auf Kronen lautenden Schulden in ausländischem Gelde einlösen sollen, ist unerfüllbar und würde alles in den Bankrott treiben. Eine Erhebung bei einigen Wiener Banken bezeugt, daß Angehörige der Nationalstaaten bei ihnen 90 Millionen Guthaben besitzen, für die nach dem Umrechnungskurs 2500 Millionen zu bezahlen wären. Der Verlust betrüge ein Vielfaches des ganzen Kapitals dieser Banken und müßte zu ihrem Bankrott führen. Diese Punkte sind von umfangreichen Vorschlägen zu den territorialen und politischen Fragen und deren Begründung begleitet.

Erzherzog Josef Regent von Ungarn.

Mittwoch um 7 Uhr abends erschienen im Ministerpräsidentium in Budapest General Schöner, Vizepräsident der Nationalversammlung Franz Sziller und forderten die eben zur Beratung versammelten Minister zur Abdankung auf mit der Begründung, daß die Regierung nicht die Gesamtheit der Nation vertritt. Nach einer kurzen Beratung beschloß die Regierung zur Demissionierung. Die Entemissionierung übertrug die oberste Gewalt dem Erzherzog Josef, der dem gemeinsamen Sektionschef im Kriegsministerium Stefan Friedrich zum Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Leitung des Ministeriums des Auswärtigen wurde General Lencsés, mit der Leitung des Kriegsministeriums General Schöner betraut. In der Stadt herrscht Ruhe. Die Missionen der Entemissionierung hielten abends eine gemeinsame Beratung ab, zu der auch Erzherzog Josef und Ministerpräsident Friedrich zugezogen waren. Die Beratungen galten den schwebenden Fragen, wobei volles Einverständnis erzielt wurde. Der Präsident der Friedenskonferenz Clemenceau und die ausländischen Regierungen wurden von dem Ergebnis der Beratungen sofort verständigt. Nach einer Meldung des Ungar. Korrespondenzbüros wurde in Budapest eine Kundgebung des Erzherzogs Josef angesprochen, in der es u. a. heißt: Es droht eine Katastrophe, wenn die ungarische Intelligenz vereint mit der nüchternen Arbeiterschaft und des ackerbauenden Volks nicht mit harter Hand Ordnung schafft. Weiter gibt die Kundgebung das vorläufige Kabinett bekannt. In einigen Tagen soll eine Übergangsregierung nach Anhörung der Bürgerchaft, des ackerbauenden Volkes und der Arbeiterschaft gebildet werden.

Der Gesandte der ungarischen Volksrepublik Böhm in Wien gab nach im Laufe der vorletzten Nacht telegraphisch seine Demission.

Die Wiener Blätter melden aus Budapest weitere Gewalttätigkeiten der rumänischen Gendarmen und Truppen. Donnerstag nachmittags verließen mehrere rumänische Abteilungen von der Gsepeter Waffen- und Munitionsfabrik Besitz zu ergreifen. Die Arbeiterschaft setzte sich zur Wehr. Nach kurzem Feuergefecht, in dem die Rumänen Sieger blieben, besetzten diese die Fabrik.

Fertinag verbreitet im „Echo de Paris“ die Nachricht, daß gegenüber den äußerst harten Bedingungen Rumänien für Ungarn nach der vorgeschlagenen Sitzung des Obersten Rates Clemenceau nach Bukarest gebracht habe, daß sich Rumänien an die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten halten müßte. Fertinag betont demgegenüber, man dürfe Rumänien nicht schwächen, wenn es seine Rolle erfüllen sollte. — Wie die Wiener „Neue Freie Presse“ aus Budapest erfährt, haben die rumänischen Militärbehörden den Zeitungen die Veröffentlichung der an die ungarische Regierung gerichteten Antwortnote der Entente, in der die Entsendung von 4 Generalen nach Budapest angedeutet wird, verboten. Die Ententevertreter in Budapest haben entgegen dem rumänischen Verbot die Note in den Straßen der Hauptstadt in Plakaten anschlagen lassen. — Die „International Review“ schreibt über die Lage in Ungarn: Die Lage in Ungarn beschäftigt die Friedenskonferenz lebhaft. Es herrscht große Verstimmung darüber, daß die verschiedenen Mächte der Entente von den Rumänen nicht eingehalten wurden und man trägt sich in Ententezirkeln mit dem Gedanken, gegen die Rumänen vorgehen zu müssen; wie verlautet, will man eine Blockade gegen Rumänien vornehmen.

